

**Protokoll
über die Beratung des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung und
Rechte der Minderheiten am 05.04.2006**

Anwesend: s. Anwesenheitsliste (Anlage)
Ort: Technisches Rathaus, Raum 1.001/1.002
Leitung: Vorsitzender, Herr Dr. Fischer

Herr Dr. Fischer eröffnet die Sitzung und begrüßt alle anwesenden Mitglieder und Gäste.

TOP 1: Bestätigung der Tagesordnung

Herr Dr. Fischer gibt zur vorliegenden Tagesordnung folgende Korrekturanmerkung. Die Vorlage unter Pkt. 4.2. III-00/06 Bildung des Amtes für Soziales und Schulverwaltung wurde in der Sitzung am 08.03.06 abgelehnt. Nach Rücksprache mit dem Büro für Stadtverordnetenangelegenheiten wird die Vorlage ausschließlich im Ausschuss Bildung, Schule, Sport, Kultur in 2. Lesung behandelt.

Herr Löbert bittet unter dem TOP Sonstiges nochmals die Einführung einer „Light-Version“ des Cottbus-Passes anzusprechen.

Frau Koch bezieht sich auf die Aktuelle Stunde „Bündnis für Familie“ in der StVV vom 29.03.06 und bittet um Information zum Thema Kinder- und Elternhaus Schmellwitz in einer der nächsten Ausschusssitzungen.

Es wird vorgeschlagen, dafür die Ausschusssitzung Mai zu nutzen.

Die Tagesordnung wird in der geänderten Fassung einstimmig bestätigt.

TOP 2: Protokollkontrolle

Zum Protokoll vom 08.03.2006 gibt es keine Beanstandungen, Ergänzungen oder Hinweise.

Das Protokoll wird einstimmig bestätigt.

Öffentlicher Teil

TOP 3.: Berichte und Informationen

3.1 Bericht zur Arbeit der ARGE

Frau Hentschel, Geschäftsführerin der ARGE Cottbus, informiert über den bisher erreichten Stand.

Nachdem vor ca. einem Jahr die ARGE noch an drei verschiedenen Standorten ihren Sitz hatte, ist sie nun zentral im Gebäude der Bundesagentur für Arbeit in der Bahnhofstraße 10 erreichbar.

- 7.200 Bedarfsgemeinschaften, nach aktuellem Stand Aufwuchs auf ca. 10.000
- ca. 15.000 erwerbsfähige Hilfebedürftige (Mitglieder der Bedarfsgemeinschaften) wurden betreut;
- besonders hervorheben ist die gute Zusammenarbeit mit den Trägern, Wohlfahrtsverbänden und der Stadtverwaltung;
- im Jahr 2005 konnten erfreulicherweise 4.200 Personen über die ARGE in eine Fortbildung, ABM, BSI-Maßnahme oder in einem versicherungspflichtigen Dauerverhältnis gebracht werden;
- die ARGE schließt mit allen erwerbsfähigen Personen sog. Eingliederungsvereinbarungen ab;
- die Entwicklung der Barauszahlungen konnte bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt drastisch verringert werden;
- Zielstellung ist es, eine tagfertige Bearbeitung der Anträge zu erreichen;
- bei der finanziellen Ausstattung muss in diesem Jahr mit 2 Mio. € weniger, also ca. 15 Mio. €, bei vorläufiger Haushaltsführung gerechnet werden;
- zum 01.04.06 sind Gesetzesänderungen SGB II in Kraft getreten (beispielsweise gibt es eine Veränderung in der Zurverfügungstellung von Wohnraum für die Gruppe der bis 25-jährigen;
- seit ca. 1 Woche ist das neue Vermittlungssystem Verbis Gesamtprofil des Kunden, Vernetzung von Datenbanken potentieller Arbeitgeber und Ausbildungsbetriebe) eingeführt worden; man verspricht sich davon bessere Vermittlungschancen.

Nachfrage des Ausschusses, wie sich der Anteil der Kinder in den Bedarfsgemeinschaften zusammensetzt:

- von den ca. 10.000 Bedarfsgemeinschaften sind
 - 3.000 unter 25-jährige
 - 2.900 unter 15-jährige

Herr Dr. Fischer dankt Frau Hentschel für die Ausführungen und bittet sie, in einer weiteren Ausschusssitzung (IV. Quartal) über die Auswirkungen der in Kraft getretenen Gesetzesänderungen zu informieren.

3.2 Information zur psychosozialen/psychiatrischen Versorgung in der Stadt Cottbus - Arbeitsbericht der Psychiatriekoordinatorin

Frau Dr. Pudlitz informiert die Anwesenden über die psychosoziale/psychiatrische Versorgung in Cottbus. Die Inhalte liegen dem Ausschuss schriftlich vor. Sie werden dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Um eine noch bessere Bekanntmachung/Aufklärung zu sichern, sollten die Hausärzte, zumeist erste Anlaufstelle für die Bürger, mit Informationen und Materialien versorgt werden. Des Weiteren können die Stadtteilzeitungen für Bekanntmachungen genutzt werden.

Herr Richter äußert, dass die vorliegenden Materialien den Trägern als Instrument zur Verfügung gestellt werden sollten, um im Bedarfsfall entsprechend reagieren zu können.

Herr Dr. Fischer bedankt sich bei Frau Dr. Pudlitz für die umfänglichen Ausführungen.

TOP 4.: Beschlussvorlagen

III-004/06 Umsetzung des Maßnahmeplanes der Kienbaum-Studie im Dezernat III

Herr Weiße, Dezernent, erläutert den Beschlussvorschlag.

In der sich anschließenden Diskussion ist Folgendes herauszustellen:

Die Ausschussmitglieder sind sich darin einig, dass die Schulsozialarbeit in Gänze erhalten bleiben muss und einer Reduzierung der zur Diskussion gestellten 7,4 Stellen Schulsozialarbeiter keine Zustimmung findet. Inwieweit eine Ausgliederung der insgesamt 14,8 Stellen an einen oder auf mehrere Träger verteilt zugestimmt werden sollte, ist nochmals zu diskutieren. Bisher liegen von 3 Trägern Anträge auf Übernahme der Schulsozialarbeiter vor. Gleichfalls ist auch die Diskussion über Standards mit Blick auf die Schulentwicklungsplanung in der Stadt Cottbus nicht außer Acht zu lassen.

Abstimmungsergebnis:

Der Ausschuss erteilt der Stadtverordnetenversammlung einstimmig die Empfehlung, die Vorlage in einer 2. Lesung zu behandeln. Dies ist in Abhängigkeit vom Votum der übrigen Ausschüsse zu betrachten.

TOP 5.: Sonstiges

Light-Version – Cottbus-Pass

Herr Löbert legt dem Ausschuss den Antrag der AUB auf Einführung der Light-Version Cottbus-Pass zur Diskussion vor.

Die Mitglieder des Ausschusses stimmen der Umsetzung des Vorschlages zu. Die Verwaltung wird beauftragt, sich mit der ARGE zur Bereitstellung der Datensätze für den in Frage kommenden Personenkreis abzustimmen. **Herr Richter**, Mitglied der Trägervertretung der ARGE, stimmt sich dazu mit Herrn Weiße, Vorsitzender der Trägervertretung der ARGE, ab.

Herr Dr. Fischer bittet um Information zum Umsetzungsstand in der nächsten Ausschusssitzung.

Der öffentliche Teil endet um 19:20 Uhr.

gez. Dr. Fischer
Vorsitzender

gez. Schuppan
Protokollantin

Anlagen